



Stellungnahme zu den Äußerungen gegenüber des Jugendbeirates in der 09. SVV vom 24.06.2020

Sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Beiräte,

in der vergangenen SVV wurde das Bürgerbegehren festgestellt und wird somit zur Prüfung an die Kommunalaufsicht weitergeleitet. Wie Sie wissen, haben wir gewisse Bedenken zur Gültigkeit aller Unterschriften, da an der Gesamtschule Immanuel Kant nachweislich illegal Unterschriften im Unterricht gesammelt wurden. Daher werden wir die gesammelten Informationen selbstverständlich auch zur Überprüfung an die brandenburgische Kommunalaufsicht weiterleiten.

Als gesetzliche Grundlage unserer Argumentation können wir an dieser Stelle erneut nur auf § 4 Absatz 3 BbgSchulG, § 47 Absatz 2 BbgSchulG und den *Beutelsbacher Konsens* verweisen, welche unsere Vermutung bestätigen, dass die vorgefallenen Prozesse in der Schule nicht erlaubt sind. Zudem hat uns das MBS Brandenburg, anders als die Stadtverwaltung, diese Frage deutlich beantworten können.

Als wir in der vergangenen SVV erneut darauf aufmerksam machten, wurde uns vom Fraktionsvorsitzenden der SPD vorgeworfen, dass der Jugendbeirat auf einmal gegen Beteiligung und politische Diskussionen seitens Schüler*innen sei, da es um das Hallenbad geht. Diesen willkürlichen Vorwurf wollen und können wir in dieser Form nicht unkommentiert lassen.

Wenn Lehrer*innen beim Ausgeben dieser Listen lediglich sagen „Hier soll ein Hallenbad gebaut werden, aber es wurde von den Stadtpolitikern abgelehnt. Den Grünen war es zu umweltschädlich und der CDU zu teuer.“, dann ist dabei keine eigene Meinungsbildung für Jugendliche möglich und die Schüler*innen beschäftigen sich mit dem Thema auch nicht! Eine Beschäftigung mit der Thematik hat, im Gegensatz zu den Aussagen des Bürgermeisters, nie stattgefunden. Es ist nicht zu erkennen, dass die Schüler*innen die Chance hatten, sich differenziert mit dem Thema auseinanderzusetzen - geschweige denn, beide Sichten auf das Hallenbad / Bürgerbegehren zu hören und diese zu reflektieren.

Der Bürgermeister begrüßte im Hauptausschuss vom 13.05.2020 dieses Vorgehen als „praktische politische Bildung“ und verwies auf Nachfrage der Zulässigkeit dieses Verfahrens lediglich darauf, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf die Lehrer*innen habe. Letzteres ist uns durchaus bewusst, beantwortete jedoch nicht unsere Frage. Die SPD-Fraktionsspitze versteht dieses Vorgehen offensichtlich als Jugendbeteiligung und machte ihren Unmut deutlich, dass der Jugendbeirat sich dabei schützend vor die Schüler*innen, also die eigene Zielgruppe stellt. Wenn die genannten Personen unter praktischer politischer Bildung verstehen, dass Schüler*innen mit einer Meinung zu einem Thema überrumpelt werden und somit an einer eigenen Meinungsgewinnung gehindert werden, dann sehen wir das als eine Bankrotterklärung gegenüber einer konsequenten Jugendbeteiligung in dieser Stadt an. Und wenn illegale Prozesse in einer Schule für ein politisches Vorhaben als Jugendbeteiligung abgestempelt werden, fragen wir uns, welche Chance wir mit unseren Vorstellungen einer echten Jugendbeteiligung in dieser Stadt haben.

Ansprechperson	Marius Miethig
Stellvertretung	Toni Gabriel Kissing
Schatzmeister	Andrijan Bär

E-Mail:	beirat@jugendforum-fks.de
Homepage:	www.jugendforum-fks.de/der-jugendbeirat/